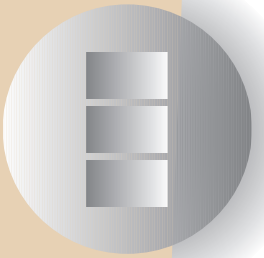

Bericht über die Sitzung 3/2000 des Hauptausschusses am 23. November 2000 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Zentrales Ereignis der dritten Sitzung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung im Jahr 2000 war der *Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Wolf-Michael Catenhusen, MdB.* Er berichtete in seinem Statement über Schwerpunkte der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik der Bundesregierung unter Einschluss aktueller Fragen der Berufsbildungspolitik und des Haushalts. Catenhusen betonte, Bildung und Forschung hätten Priorität für die Politik der Bundesregierung. Insbesondere die Berufsausbildungschancen junger Menschen zu verbessern liege ihr am Herzen. Zugleich müssten die Rahmenbedingungen und Strukturen für lebensbegleitendes Lernen noch stärker ergänzt, strategisch gebündelt und aufeinander bezogen werden. Die Bundesregierung wolle mit ehrgeizigen Zielvorgaben und Programmen die Entwicklung in die Informationsgesellschaft voranbringen und dabei Schwerpunkte bei Bildung und Qualifikation setzen. Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit habe einen neuen Aufbruch in der Berufsbildungspolitik bewirkt. Als wichtigstes Ergebnis sei die Trendwende am Ausbildungsstellenmarkt erreicht. So seien Ende September erstmals seit 1995 wieder mehr unbesetzte Ausbildungsplätze gemeldet gewesen als unvermittelte Bewerber und Bewerberinnen. In kurzer Zeit seien darüber hinaus weit reichende strukturelle Konzepte zur Weiterentwicklung und Modernisierung für die wichtigsten Bereiche der Berufsbildung erarbeitet und mit deren Umsetzung begonnen worden.
In der sich anschließenden Diskussion wurden unter anderem das Verhältnis Schule und Wirtschaft, die Situation am Ausbildungsstellenmarkt, die Notwendigkeit gesetzlicher Strukturelemente und Qualitätsstandards in der Weiterbildung, die Notwendigkeit der Einrichtung von Berufsfachgruppen und die Berufsbildungspolitik vor dem Hintergrund der EU-Strukturreformen und der EU-Erweiterung debattiert.

Im Anschluss an den Besuch von Staatssekretär Catenhusen beschloss der Hauptausschuss eine *Empfehlung über die Dokumentierung von Teilqualifikationen*, deren Wortlaut dieser Ausgabe der BWP beigefügt ist.

Neu in das *Forschungsprogramm* aufgenommen wurde das Projekt 4.2015 „Mediation: Qualifikationsentwicklungen, Qualifizierungsbedarf und Verberuflichung in einem wachsenden innovativen Beschäftigungsfeld".

Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit informierten den Hauptausschuss über die *aktuelle Situation am Ausbildungsstellenmarkt.* Besonders erwähnenswert sei die gestiegene Mobilität der jungen Bewerber und Bewerberinnen, vor allem in den neuen Ländern. Hier müsse einem weit verbreiteten falschen Eindruck mangelnder Flexibilität entgegengewirkt werden.

Mit einem weiteren Beschluss hob der Hauptausschuss die *Medienkonzeption* des Bundesinstituts für Berufsbildung aus dem Jahr 1984 ersatzlos auf und änderte § 17 Absatz 3 der Satzung des Bundesinstituts für Berufsbildung wie folgt: „Die Förderung der Bildungstechnologie durch Forschung soll insbesondere durch Entwicklung und Erprobung von Medien für die berufliche Bildung dazu beitragen, dass die Bildungstechnologie verbessert wird."

Der Hauptausschuss beauftragte den Unterausschuss 4 – Berufliche Weiterbildung –, die Beratungen zur *Aktualisierung der Checkliste „Qualität beruflicher Weiterbildung"* aufzunehmen und als Ergebnis seiner Beratungen den Entwurf der aktualisierten Checkliste dem Ständigen Ausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung auf seiner Sitzung 1/2001 am 22. Januar 2001 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der *Generalsekretär* wurde für das Haushaltsjahr 1998 entlastet.

Auf Vorschlag der Bank der Länder wurde Herr Faul *zum Vorsitzenden für das Jahr 2001* gewählt. Frau Pahl, Beauftragte des Bundes, Frau Sehrbrock, Beauftragte der Arbeitnehmer, und Herr Dr. Söhngen, Beauftragter der Arbeitgeber, wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden für das Jahr 2001 gewählt.

Das neu berufene Mitglied im Hauptausschuss als Beauftragte des Bundes, Dr. Rose Langer, wurde in den Unterausschuss 1 – Berufsbildungsforschung – und in den Unterausschuss 4 – Berufliche Weiterbildung – entsandt. ■